

Erscheinungsweise:
Täglich mit Ausnahme der Sonn- und Festtage.

Anzeigenpreis:
a) im Anzeigenteil.
Die Seite . . . 15 Goldpfennige
Familienanzeigen 8 Goldpfennige
b) im Reklameteil.
Die Seite . . . 50 Goldpfennige

Auf Sammelanzeigen kommen 50% Zuschlag.

Für Platzvorschriften kann keine Gewähr übernommen werden.

Geriichtsstand für beide Teile ist Calw.



Calmer Wochenblatt
Amts- und Anzeigebblatt für den Oberamtsbezirk Calw.

Bezugspreis:
In der Stadt 40 Goldpfennige wöchentlich, mit Trägertlohn.
Postbezugspreis 40 Goldpfennige ohne Bestellgeld

Schluss der Anzeigenannahme 8 Uhr vormittags.

In Fällen höherer Genug besteht kein Anspruch auf Lieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises.

Stempelsprecher Nr. 9.

Verantwortliche Schriftleitung:
Friedrich Hans Scheele.
Druck und Verlag der
A. Oelschläger'schen Buchdruckerei.

Nr. 5

Donnerstag, den 8. Januar 1925.

99. Jahrgang.

Die deutsche Antwortnote. Scharfe Zurückweisung des Vertragsbruchs der Alliierten. Der Wortlaut der Note.

Berlin, 7. Jan. Die deutsche Antwortnote auf die Note der Alliierten zur Räumungs- und Entwaffnungsfrage hat folgenden Wortlaut:

Herr Botschafter!
Im Namen der deutschen Regierung beehre ich mich, Ihnen auf die dem Reichkanzler am 5. Januar übergebene Note über die Frage der Räumung der nördlichen Rheinlandzone folgendes Ergebnis mitzuteilen:

Die Note bestätigt die Befürchtung, welche die deutsche Regierung schon nach den ihr in letzter Zeit zugegangenen Nachrichten hegen mußte. Trotz der von ihr infolge dessen erhobenen dringenden Vorstellungen entschlossen die alliierten Regierungen sich, die nördliche Rheinlandzone am 10. Januar nicht zu räumen. Die deutsche Regierung sieht sich dadurch vor die Tatsache gestellt, daß die alliierten Regierungen den Termin, der nach dem System des Vertrags von Versailles die erste Epoche seiner Durchführung abschließt und für Deutschland auf verschiedenen Gebieten Erleichterung seiner Bestimmungen bringen soll, in Ansehung der wichtigsten dieser Erleichterungen, der Befreiung eines großen Teils des besetzten deutschen Gebiets, nicht innehalten wollen.

Die für lange Jahre vorgeordnete Besetzung großer deutscher Gebietsteile durch fremde Truppen ist eine der härtesten Bestimmungen des Versailler Vertrages. In den letzten Jahrhunderten der Geschichte wird kaum eine Parallele zu der militärischen Besetzung von solchem Umfange und solcher Dauer zu finden sein. Maßnahmen dieser Art haben niemals die friedliche Zusammenarbeit der Völker gefördert. Wenn die Alliierten die Besetzung jetzt noch über die vertragsmäßige Dauer hinaus verlängern wollen, so können sie über die Bedeutung dieses Schrittes und den Ernst der dadurch geschaffenen Lage nicht im Zweifel sein. Sie haben damit dem Empfinden des deutschen Volkes einen harten Schlag versetzt und seine Hoffnung, jetzt endlich an eine Konsolidierung seiner Verhältnisse und an eine ruhige Zusammenarbeit mit den anderen Völkern herangehen zu können, schwer erschüttert.

Die alliierten Regierungen berufen sich zur Begründung ihres Vorgehens auf deutsche Verfehlungen in der Entwaffnungsfrage, beschränken sich indes einseitig darauf, diese Verfehlungen allgemein anzudeuten. Nach Ansicht der deutschen Regierung hätte es der Tragweite der Angelegenheit entsprochen, wenn die Mitteilung der Tatsachen, worauf die alliierten Regierungen ihren Beschluß stützen, nicht auf einen späteren Zeitpunkt verschoben worden wäre. Die alsbaldige Mitteilung dieser Tatsachen dürfte umso mehr erwartet werden, als die Beurteilung des Sachverhalts selbstverständlich nicht etwa von dem einseitigen belästigten Ermessen der alliierten Regierungen abhängt. Durch ihr Vorgehen nahmen die alliierten Regierungen der deutschen Regierung die Möglichkeit, zu den Vorwürfen schon jetzt im einzelnen Stellung zu nehmen. Sie muß daher verlangen, daß die angeforderte weitere Mitteilung aufs äußerste beschleunigt wird. Sie wird alsdann nicht zögern, über die von den alliierten Regierungen beanstandeten Punkte Aufklärung zu geben. Ebenso ist sie bereit, in solchen Fragen, in denen noch grundsätzliche Meinungsverschiedenheiten zwischen den deutschen Behörden und den alliierten Kontrollorganen bestehen, das ihrige zu tun, um alsbald zu dem notwendigen praktischen Ergebnis zu kommen. Schon jetzt muß die deutsche Regierung aber feststellen, daß

der Versuch, eine Verzögerung der Räumung der nördlichen Rheinlandzone mit dem Stande der deutschen Rüstungen zu begründen, von vornherein als verfehlt anzusehen ist. Es ist richtig, daß der Art. 429 des Versailler Vertrags die Räumung des besetzten Gebiets zu den dort vorgezeichneten Terminen von der getreulichen Erfüllung der deutschen Vertragsverpflichtungen abhängig macht. Bei objektiver Auslegung dieses Artikels könnte aber von den alliierten Regierungen das Recht zu einer Hinausschiebung der Räumung nur dann in Anspruch genommen werden, wenn deutsche Verfehlungen vorlägen, deren Bedeutung der außerordentlichen Härte der Verlängerung der Besetzung entspricht. Für die lokale Handhabung internationaler Verträge ist es ein elementares Gebot, daß zwischen der Nichterfüllung einzelner Vertragspunkte und der daraus zu ziehenden Folgerung kein offenes Mißverhältnis besteht. Von der Erfüllung dieser Voraussetzung kann im vorliegenden Fall unter keinen Umständen die Rede sein.

Deutschland ist auf Grund der Vertragsbestimmungen in einem Maße entwaffnet, daß es in der europäischen Politik einen militärischen Faktor überhaupt nicht mehr darstellt. Angesichts dieser unzweifelhaften Tatsache kann aus Einzelheiten der Entwaffnungsfrage unmöglich eine Befugnis zu einer Verzögerungsmäßnahme gegen Deutschland hergeleitet werden, wie sie von den alliierten Regierungen jetzt angefordert worden ist. Die deutsche Regierung legt daher gegen das Vorgehen der alliierten Regierungen entschiedene Verwahrung ein.

Wenn man zu einer gerechten Beurteilung der gesamten gegenwärtigen Situation gelangen will, darf das eine nicht außer Acht gelassen werden: Bei einem Vertrage, der, wie der Versailler Vertrag, nicht auf dem Verhandlungswege zustande gekommen ist, der dem einen Teil auf allen Gebieten ungeheure Lasten auferlegt, ist es kaum anders denkbar, als daß bei der Durchführung schließlich Streitpunkte entstehen. Daraus kann gegen den belasteten Teil keineswegs ohne weiteres der Vorwurf mangelnder Vertragstreue hergeleitet werden. Eine sachgemäße Vereinfachung solcher Streitpunkte ist nur auf dem Wege gegenseitiger Verständigung herbeizuführen.

Deutschland hat durch die gewaltigen Leistungen, die es auf Grund des Versailler Vertrags, insbesondere auch auf Grund der Entwaffnungsbestimmungen, bewirkte, seinerseits die Voraussetzung für eine politische friedliche Verständigung geschaffen.

Die Entwicklung der Dinge im vergangenen Jahre, namentlich der Verlauf und das Ergebnis der Londoner Konferenz, zeigten, daß eine solche Politik durchaus im Bereiche der realen Möglichkeiten liegt. Nur wenn die alliierten Regierungen sich bei der weiteren Behandlung sowohl der Räumungsfrage, als auch der Entwaffnungsfrage, von den gemeinsamen Interessen der europäischen Länder und der Fortführung dieser Politik leiten lassen, ist es möglich, zu der unbedingt gebotenen schnellen Regelung des durch das Vorgehen der alliierten Regierungen geschaffenen Konfliktes zu gelangen.

Genehmigen Sie usw. gez. Stresemann.

Die deutsche Antwortnote im Besitz der französischen Regierung.

Paris, 8. Jan. Die deutsche Antwortnote ist gestern nachmittags in den Besitz der französischen Regierung gelangt. Die Note soll, wie man am Quai d'Orsay vernimmt, heute der Presse mitgeteilt werden.

Vor der Bildung einer Notregierung?

Berlin, 7. Jan. Wie die Telegraphen-Union von gut unterrichteter Seite erfährt, hat der Reichkanzler Dr. Marx heute nachmittags mit Professor Kahl im Zusammenhang mit der Regierungsbildung Rücksprache genommen. Professor Kahl wird sich an einem Kabinett, wie es Dr. Marx zusammenbringen will, nicht beteiligen, da die Bemühungen des Kanzlers zurzeit immer noch dahingehen, ein überparteiliches Kabinett der Mitte aufzustellen, während der Standpunkt der Deutschen Volkspartei dahingehet, daß ein rein bürgerliches Kabinett geschaffen werden müsse. Die Bemühungen des Reichkanzlers scheinen nun dahin zu gehen, eine sogenannte Notregierung zu bilden, die sich auf Demokraten und Zentrum stützt und zu deren Unterstützung auch noch die Wirtschaftspartei hinzugezogen werden soll. Im Zusammenhang mit diesen Erwägungen wird an gut unterrichteter Stelle der Name des Wirtschaftsparteilers Bredt genannt.

Die Deutsche Volkspartei gegen ein verschleiertes Kabinett der Mitte.

Berlin, 7. Jan. Die Reichstagsfraktion der Deutschen Volkspartei teilt mit: Die Deutsche Volkspartei nimmt mit Genugtuung davon Kenntnis, daß die heutigen Zeitungsmeldungen über ein Ultimatum des Reichkanzlers an die Deutschnationale Volkspartei den Tatsachen nicht entsprechen. Sie würde andernfalls verpflichtet gewesen sein, darauf hinzuweisen, daß ein solches Ultimatum der ungeeignete Weg sein würde, um eine tragfähige Regierung zustande zu bringen. Nach

der Auffassung der Deutschen Volkspartei müssen die Verhandlungen weitergeführt werden. Die Deutsche Volkspartei legt entscheidenden Wert auf die Feststellung, daß sie ein, wenn auch verschleiertes Kabinett der Mitte nicht unterstützen werde, weil die gegenwärtigen großen außen- und innenpolitischen Aufgaben nur gelöst werden können, wenn sich die Regierung auf eine feste bürgerliche Mehrheit stützen kann.

Noch keine Aussicht auf ein Kabinett.

Berlin, 8. Jan. Gestern abend erstattete der Kanzler dem Reichspräsidenten Bericht über die durch die Erklärung der Deutschen Volkspartei geschaffene Lage. Irdenwelche Entscheidungen wurden nicht getroffen. Die Kabinettsbildung befindet sich nach wie vor in der Schwebe.

Vor einer Vertagung des Reichstages.

Berlin, 7. Jan. Wie die Telegraphen-Union aus parlamentarischen Kreisen hört, rechnet man mit einer unmittelbar bevorstehenden Vertagung des Reichstages. Es wird voraussichtlich schon am Schluss der heutigen Sitzung ein solcher Antrag gestellt werden, spätestens aber am Donnerstag.

Einberufung des Ältestenausschusses.

Berlin, 7. Jan. Der Ältestenausschuss des Reichstages ist für Donnerstag vormittags 11 Uhr einberufen worden, um über die bevorstehende Vertagung des Reichstages Beschluß zu fassen.

Neueste Nachrichten.

In ihrer Antwortnote weist die Reichsregierung unter Fordernung näherer Mitteilungen über die deutschen "Verfehlungen" den Vertragsbruch der Alliierten auf das Schärfste zurück.

Die Bemühungen des Reichkanzlers Dr. Marx, ein überparteiliches Kabinett zustande zu bringen, sind vorerst gescheitert.

Die Zentrumsfraktion des preussischen Landtags erklärte sich für das Fortbestehen der Großen Koalition in Preußen.

Der Reichstag wählte im dritten Wahlgang den Abgeordneten Loebe (Soz.) zum Reichstagspräsidenten.

Zu Vizepräsidenten des Reichstages wurden gewählt die Abgeordneten Graf-Thüringen (Dnl.), Bell (Ztr.) und Nieger (D. Vp.).

Der Reichshaushaltsplan für 1925 sieht unter anderem die Kosten für die Wahl des Reichspräsidenten vor.

Die Pariser Finanzkonferenz wurde gestern nachmittags drei Uhr mit Begrüßungsansprachen Clementels und Churchills eröffnet.

In Paris rechnet man nicht damit, daß die deutsch-französischen Handelsvertragsverhandlungen bis zum 10. Januar zu einem Abschluß führen.

Auf der Wilhelmshavener Marinewerft ist gestern der Kreuzer "Emden", der erste Neubau der Nachkriegszeit, glücklich vom Stapel gelassen.

Der Reichshaushaltsplan für 1925.

Berlin, 7. Jan. Dem Reichstag ist heute der Reichshaushaltsplan für das Rechnungsjahr 1925 zugegangen. Er weist in formeller Hinsicht von demjenigen für das Rechnungsjahr 1924 wesentlich ab. Er ist auf Reichsmark eingeteilt und enthält u. a. die Ermächtigung zur Aufnahme einer Anleihe im Betrage von 227 Millionen 456 Tausend 749 Mark, die zur Befreiung der Ausgaben des außerordentlichen Haushalts dienen sollen und zur vorübergehenden Verfürgung der Betriebsmittel der Reichshauptkasse im Wege des Kredits bis zum Betrage von 150 Millionen Mark. Der Reichshaushaltsplan schließt die Einnahmen und Ausgaben für die allgemeine Reichsverwaltung mit 15 947 202 281 R.-Mark und für die Kriegskosten mit 14 385 356 Reichsmark ab. Die Einnahmen für die allgemeine Reichsverwaltung werden im ordentlichen Haushalt auf 5 328 944 449 Reichsmark, die einmaligen Ausgaben auf 184 843 450 Reichsmark angelegt. Im außerordentlichen Haushalt werden die Einnahmen und Ausgaben für die allgemeine Reichsverwaltung auf 433 414 382 Reichsmark veranschlagt.

Die Eröffnung der Pariser Finanzministerkonferenz.

Paris, 8. Januar. Die interalliierte Finanzministerkonferenz wurde gestern nachmittags um 3 Uhr eröffnet. Finanzminister Clementel hielt die Begrüßungsansprache, in der er die Hoffnung auf eine erfolgreiche und prompte Erledigung des Verhandlungsprogramms ausdrückte. Unter Hinweis auf das Dawesgutachten bemerkte er, daß Deutschland jetzt über keine Verpflichtungen im Bilde sei. Man müsse zugeben, daß es diese bis zur Stunde getreulich erfüllt habe. Dagegen bestehe eine gewisse Unklarheit über die Verteilung der deutschen Zahlungen unter den Gläubigerstaaten. Das Problem sei überaus verzwickelt und den Sachverständigen der Reparationskommission müsse es zum Verdienst angerechnet werden, daß sie keine Schwierigkeiten besonders deutlich vor Augen geführt hätten. Doch dürfe man nicht übersehen, daß in London weit größere Schwierigkeiten aus dem Wege geräumt wurden. Dank dem Gefühl der Solidarität, das die alliierten Vertreter besetzt, werde man die Debatte in einer Atmosphäre der Großzügigkeit führen. Es sei daher mit einem günstigen Ausgang der Konferenz und einer Lösung der verschiedenen Probleme zu rechnen. Darauf ergriff Churchill im Namen der ausländischen Delegierten das Wort zu einer kurzen Erwiderung. Die Konferenz schritt dann zur Bildung von Unterausschüssen und vertagte sich auf morgen. Clementel und Churchill hatten am Vormittag eine kurze Besprechung, in der sie ihre Ansichten über das interalliierte Schuldensproblem austauschten, das bekanntlich auf der Konferenz nicht zur Sprache kommen darf.

Fortdauer der deutsch-französischen Handelsverhandlungen.

Paris, 6. Jan. Die deutsche Wirtschaftsdelegation demontiert die Meldung eines Pariser Morgenblattes, wonach von deutscher Seite gestern unter Hinweis auf den Beschluß der Verbündeten, Köln nicht zu räumen, erklärt wurde, es wäre nicht erwünscht, die Wirtschaftsverhandlungen vorläufig fortzusetzen. Diese Mitteilung ist vollständig erfunden. Die Besprechungen dauern z. Bt. noch fort.

Landesversammlung der württ. Deutsch-demokratischen Partei.

Stuttgart, 6. Jan. Der heute, am Dreikönigstag, wie herkömmlich abgehaltenen Landesversammlung der Deutsch-demokratischen Partei Württembergs und Hohenzollerns ging gestern im Konzertsaal der Liederhalle ein Vertretertag voraus, der vom Landesvorsitzenden der Partei, Abg. Dr. Ing. Brudmann mit einer Begrüßung eröffnet wurde, in welcher er u. a. ausführte: Wir treten in das neue Jahr ein mit dem größten Vertrauen, denn wir haben in dem hinter uns liegenden, außerordentlich schweren Wahlkampfe große Erfolge erzielt. Wir sind der Ueberzeugung, daß wir dem Reich und dem Lande nicht besser dienen können, als durch eine aufrechte, ehrliche, demokratische, deutsche Politik. Die hierauf vorgenommene Wahl des Vorsitzenden und seiner Stellvertreter ergab die einstimmige Wiederwahl des bisherigen Landesvorsitzenden, Abg. Brudmann, ebenso wurden zu Stellvertretern wiedergewählt: Genwein, Fischer, Hopf, Dr. Schall und Scheef. Der Geschäftsführer der Partei, Hopf, berichtete hierauf in längeren Ausführungen über die Wahlkämpfe vom 4. Mai und 7. Dezember und wies darauf hin, daß bei den letzten Reichstagswahlen die Partei gegenüber der Maiwahl wieder einen bedeutenden Zuwachs erhalten habe. Sodas hier die Stimmzahlen von 1920 wieder erreicht worden seien. Dieses Aufholen der Stimmen liege einerseits in der Führung der Politik begründet, andererseits in dem erwachenden Verständnis der Wählerschaft und dem planmäßigen Ausbau der Organisation. Er forderte dabei eine Verringerung der Reichstagswahlkreiseinteilung unter Schaffung kleinerer Wahlkreise, wo die Persönlichkeit des Kandidaten wieder mehr im Vordergrund stehe. Zum Schluß sprach der Redner noch über die Zukunftsaussichten der Partei, wobei er der Ueberzeugung Ausdruck gab, daß Idealismus und Selbstlosigkeit immer eine starke Anziehungskraft behalten werden. Darum brauche die Partei keine Sorge zu haben. Solange das deutsche Volk sein innerstes Wesen nicht verliere, werde es eine große Deutsch-demokratische Partei geben. In den Geschäftsbericht schloß sich eine mehrstündige Erörterung an, in der u. a. Direktor Mühl-Heilbronn, Staatspräsident a. D. Dr. Hieber, Stadtpfarrer Schenkel-Zuffenhausen, Johannes Fischer und Finanzminister a. D. Dr. Schall das Wort ergriffen. Starke Beifall fanden insbesondere die klaren und sachlichen Ausführungen des Staatspräsidenten Dr. Hieber, der die Haltung der Reichstagsfraktion billigte, insbesondere auch gegenüber den Davesgelenken. Dr. Hieber bezeichnete die falsche Einstellung der Deutschnationalen zu den Ereignissen seit dem November 1918 als besonders bedauerlich. Für die republikanische Verfassung müsse sich die D.D.P. rückhaltlos einsetzen, denn heutzutage sei die Republik die einzig mögliche Form für den Inhalt, den wir dem Staat geben wollen. Auch die nachfolgenden Ausführungen des Abg. Dr. Heuß fanden lebhaften Beifall.

Dem Vertretertag folgte am Erscheinungsfest die gleichfalls sehr gut besuchte

Öffentliche Landesversammlung

im Festsaal der Liederhalle. Sie wurde vom Landesvorsitzenden Abg. Brudmann-Heilbronn mit einer Begrüßungsansprache eröffnet, der u. a. auch die Vertreter Badens begrüßen konnte. Er gab dann eine in der gestrigen Vertreterversammlung gefasste Entschließung unter großem Beifall bekannt, die von der Reichsregierung fordert, in der Frage der Räumung der Kölner Zone das Recht Deutschlands nachdrücklich zu vertreten.

Der Redner gab dann einen Rückblick über die Arbeiten der deutschen Demokraten im abgelaufenen Jahr und führte u. a. aus: Die Demokraten halten die Republik für die beste Staatsform überhaupt und zwar nicht als eine aufgedrungene Staatsform, sondern aus innerer Ueberzeugung und innerer starker Bereitschaft heraus.

Lebhafte Beifall dankte dem Redner, worauf Johannes Fischer die Liste der im Jahre 1924 aus den Reihen der Partei Verstorbenen verliest. Die Versammlung hatte sich von den Sigen erhoben.

Hierauf sprach, von der Versammlung mit Beifall begrüßt, Gräfin Dohna über demokratische Weltanschauung und führte u. a. aus: Demokratie bedeutet Volksherrschaft, Demokratie bedeutet auch Gleichberechtigung, aber nicht die Gleichmacherei, sondern Aufwärtsstreben durch Leistung, und zwar Aufwärtsstreben aller, Prinzen oder Arbeiter, Christen oder Juden. An erster Stelle steht bei demokratischer Gesinnung das Rechtsbewußtsein, das nicht nur an den Sieg des Guten und des Rechts glaubt, sondern auch an der Verwirklichung mitarbeitet. Hierzu gehört eine soziale Gesinnung im eigenen Volk und auch ein Eintreten für Gerechtigkeit unter den Völkern. Deshalb protestieren auch Demokraten gegen den Vertrag von Versailles und dagegen, daß Deutschland die Allein Schuld am Weltkrieg zugeschoben wird, außerdem auch, daß die feindliche und vor allem farbige Besatzung auf deutschem Boden sich befindet. Bis zur allgemeinen Revision des Versailles Vertrages muß nun einmal Erfüllungspolitik getrieben werden, wozu Nicht-Erfüllungspolitik führt, zeigt die Ruhrbesetzung. Das höchste Ziel ist, den Rhein deutsch zu erhalten. Die Rednerin hält die Ueberwindung des Krieges für möglich, denn die stetige Höherentwicklung zielt auf die Gesellschaft der Nationen hin, auf einen Völkerbund, der allerdings anders aussehen muß als der bisherige, denn er soll alle Nationen, die guten Willens sind, verbinden. Ist es soweit, dann haben die Toten nicht umsonst gelebt. Unter nationaler Gesinnung verstehen wir die Liebe zum Vaterland, und so zu handeln, wie wir es für unser Vaterland gut halten. Zwischen nationaler und nationalistischer Gesinnung ist streng zu unterscheiden; der Reichsparteiführer der Demokraten hat diesen Unterschied so gekennzeichnet, daß nationale Gesinnung Schweigen heißt, wo man lieber reden sollte, und nationalistische Gesinnung reden heißt, wo man lieber schweigen sollte. Zwischen Demokratie und Liberalismus besteht kein Unterschied und es wäre die Zusammenarbeit der wirklich Liberalen der D. D. P. mit der D. D. P. zu begrüßen. Zwischen Demokraten und Liberalen besteht nicht ein Unterschied des Wesens, sondern höchstens der Temperatur. Die Rednerin fasste ihre Ausführungen in folgenden Worten zusammen: Sozial, demokratisch, national und liberal, das sind die Leitworte demokratischer Gesinnung und der demokratischen Partei, die die Politik der Kunst des Möglichen treibt. Anhaltender starker Beifall dankte für den Vortrag.

Als weiterer Redner sprach hierauf an Stelle des verhinderten Staatspräsidenten a. D. Prof. Dr. Hummel-Karlruhe der Reichstagsabgeordnete Dr. Korrell. Wenn die Politik, so führte er u. a. aus, nicht zum Handwerk werden soll, so muß sie den politischen und nationalen Triebkräften, den großen sittlichen Ideen von Einheit, Freiheit und Recht einer Nation Rechnung

Amtliche Bekanntmachungen

Amtsversammlung.

Am Montag, den 19. Januar 1925, vormittags 8 Uhr findet im großen Rathsaal in Calw eine Amtsversammlung statt.

Stimmberchtig sind die Amtsdeputierten von Calw, Aigenbach, Altbuch, Altburg, Althengstett, Azenberg, Bergorte, Dachtel, Deckenpfonn, Gehlingen, Hirsau, Liebenzell, Neuhengstett, Oberhaugstett, Oberfollbach, Ostelsheim, Simmozheim, Stammheim, Unterreichenbach, Witzbach.

In den Verhandlungen mit beratender Stimme teilzunehmen sind befugt:

1. Die Amtsdeputierten der übrigen Gemeinden,
2. Diejenigen ordentlichen Mitglieder des Bezirksrats, welche von der Amtsversammlung nicht aus der eigenen Mitte gewählt worden sind;
3. Die der Amtsverwaltung nicht angehörenden Mitglieder einer Kommission in Beschränkung auf diejenigen Angelegenheiten, zu deren Besorgung die Kommission niedergesetzt ist;
4. Der Oberamtsverwalter.

Den Herren Amtsdeputierten wird noch besondere Ladung durch die Post zugehen.

Die Tagesordnung wird in den nächsten Tagen bekanntgegeben werden.

Calw, den 7. Januar 1925.

Oberamt: B 3 a e l. Oberamtmann A. B.

tragen. Gewiß haben die Rheinländer unter der Besetzung ihrer Heimat schwer gelitten; aber wir dürfen darüber nicht vergessen, daß die Räte der Deutschen in Saarland, in Oberschlesien, in der Tschechei, im ehemaligen deutschen Bosien, in Jugoslawien, im Banat und in Südtirol nicht weniger schwer sind, als die im besetzten Gebiet des Rheinlandes. Ueberall sehen wir, daß die Gegner es in erster Linie auf die Schule abgesehen haben. Der politische Druck, der auf dem deutschen Volke gegenwärtig besonders lastet, kommt zum Ausdruck in dem einen Worte „Köln“. Was hier geschehen ist, wo man mit falschen Beschuldigungen und juristischen Spitzfindigkeiten unter verbrieftes Recht uns vorenthalten will, muß mit tiefstem Mißtrauen erfüllen gegenüber der späteren Räumung des Ruhrgebiets, von Bonn und von Mainz. Wir fordern von einer ganzen Welt, wenn sie das Wort „Demokratie“ nicht schänden lassen will, den Beweis dafür, daß Deutschland sich in militärischer Hinsicht vergangen hat. Dieser Beweis kann nicht erbracht werden. Der wahre Grund der Nicht-Räumung Kölns ist eben der, daß man auch die Ruhrbesetzung noch länger fort dauern lassen will; und wir werden für die Zukunft auch mit den verschiedensten Erwerbungen, hauptsächlich auch mit Frankreich, noch zu rechnen haben, sowie mit Versuchen, das Rheinland irgendwie zu neutralisieren, ähnlich wie es auch mit dem Saargebiet nicht ausbleiben wird. Diese Schwierigkeiten, die nicht nur unsere eigene, sondern die ganze europäische politische Lage in der nächsten Zukunft beherrschen werden, werden nur überwunden werden können in den Staatsformen der Republik. Und jetzt, nach sechs Jahren des Abwartens, in denen wir Demokraten als „national“ beschimpft wurden, wollen wir die deutsche Republik nunmehr aus dem Stadium des Experimentierens herausheben und sie zum Gemeingut aller derer machen, die national sind. (Lebhafte Beifall.)

Nach unserem ganzen Bewußtsein mit Deutschlands Einheit und Freiheit können wir nichts anderes mehr sein, als Republikaner. Wir wollen die alte Zeit mit ihrem glänzenden Aufschwung auf den verschiedensten Gebieten niemals schmäheln, auch nicht die Farben Schwarz-Weiß-Rot. Aber nach den Veröffentlichungen, die gerade in den letzten Jahren so zahlreich und in so überzeugender Weise erfolgt sind, dürfen wir doch sagen, daß der Glanz der alten Zeit nicht wegn, sondern trotz der Monarchie und ihren Falscherklärungen eingetreten ist; wir müssen weiter sagen, daß das deutsche Volk in sein Elend hineingekommen ist durch die Mängel der Führer, gewissenlose Generale und Staatsmänner. Und wenn man gegenwärtig mit dem Vorwurf „Landesverräter“ so wenig sparsam umgeht, so muß andererseits gesagt werden, wer durch Unfähigkeit und Unzulänglichkeit das deutsche Volk ins Unglück gestürzt hat. Unsere Zuversicht in den Aufstieg unserer Partei gründet sich nicht auf den Stimmzuwachs, den wir bei den letzten Wahlen zu verzeichnen hatten, sondern auf unsere Auffassung vom neuen deutschen Staat, die in immer weiteren Kreisen verstanden und gebilligt wird.

Der neue Reichstagspräsident Löbe.



Der neue Reichstagspräsident versah dieses Amt schon vor den Wahlen vom 4. Mai 1924. Er steht im 50. Lebensjahre, ist von Beruf Schriftsteller und war zuletzt Redakteur der sozialdemokratischen Breslauer „Volkswacht“. Sein taktvolles Auftreten als Reichstagspräsident bisher wurde allseits anerkannt.

Aus Stadt und Land.

Calw, den 8. Januar 1925.

Vom Standesamt.

In Standesamtsfällen in der Stadt Calw wurden im Jahre 1924 eingetragen: 122 Geburten, 20 Heiraten und 127 Sterbefälle; darunter befinden sich 16 Geburten und 45 Sterbefälle von nicht in Calw wohnhaften Personen. Die Stadt Calw hat demnach einen Geburtenüberschuß von 24 Personen zu verzeichnen.

Die kirchlichen Wahlen.

ep. Die auf 15. Februar ausgeschriebenen kirchlichen Wahlen sollen sowohl für den ersten verfassungsmäßigen evangelischen Landeskirchentag, der an Stelle der verfassunggebenden Landeskirchensynode tritt, wie für den örtlichen Kirchengemeinderat in jeder evangelischen Gemeinde stattfinden. Entsprechend der neuen evangelischen Kirchengemeindeordnung ist diesmal der ganze Kirchengemeinderat neu zu wählen; die Wahl ist jedoch bei beiden Körperschaften für die Zeit von 6 Jahren gültig, so daß künftig in der Regel die örtlichen Vertreter der ev. Kirchengenossen gleichzeitig mit den Landesvertretern neu bestellt werden.

Wahlberechtigt und wählbar für beiderlei Vertretungen sind alle Männer und Frauen, die der evangelischen Landeskirche Württembergs angehören, das 25. Lebensjahr zurückgelegt haben und am Wahltag das Wahlrecht besitzen. Von der Ausübung des Wahlrechts ist ausgeschlossen, wer entmündigt oder der bürgerlichen Ehrenrechte verlustig ist, ferner wer durch Beschluß des Kirchengemeinderats seines Stimmrechts für verlustig erklärt ist, weil es durch unehrbaren Lebenswandel oder schwere Verfehlungen öffentliches Vergernis gegeben hat, solange dieser Beschluß nicht aufgehoben ist. Das Wahlrecht ruht bei Kirchengenossen, die sich der Pflicht evangelisch-kirchlicher Trauung entschlagen, oder sich zur Erziehung der Kinder in einem anderen Bekenntnis verpflichtet oder als Erziehungsberechtigte ihre Kinder der evang. Taufe, Konfirmation oder ohne kirchlich anerkannten Erlaß der ev. Unterweisung in Kirche und Schule entzogen haben. Das Verstumme kann jedoch nachgeholt oder es kann vom Kirchengemeinderat festgestellt werden, daß nach der sonstigen Salkung des Kirchengenossen keine Ausschließung vom Wahlrecht ungerichtet wäre. Ferner ruht das Stimmrecht, wenn ein Kirchengenosse trotz Zahlungsfähigkeit und vorangegangener Mahnung mit der Bezahlung der Kirchensteuer seit mehr als einem Jahr schuldhaft im Rückstand ist bis zur Erledigung des Rückstands. Es empfiehlt sich für die Wahlberechtigten feinerzeit, wenn die Wählerliste öffentlich aufgelegt wird, davon sich zu überzeugen, daß sie in dieselbe aufgenommen sind.

Die kirchlichen Wahlen sind bedeutungsvoll, zunächst weil Landeskirchentag und Kirchengemeinderat über die Haushaltspläne für Landeskirche und Kirchengemeinde zu beschließen haben und die geistliche Vertretung der Kirchensteuerpflichtigen bilden. Insbesondere aber werden in den kirchlichen Körperschaften namentlich auf Laie der neuen Kirchengemeindeordnung wichtigste Fragen des inneren Aufbaus behandelt, wie Messung und Pflege christlichen Gemeindelebens, Jugendfürsorge und Jugendzucht, Wohlfahrtspflege und Volksbildung usw. Bei der Wahl sollte auf Persönlichkeiten von bewährter christlicher Gesinnung gesehen werden, die sich entsprechend dem von den Gewählten zu leistenden feierlichen Gelübde aus erster Sorge um das innerste Volkswohl für kirchliche Arbeit zur Verfügung stellen. Entsprechend der Zusammenfassung der Gemeinden sollten Männer und Frauen aus allen Ständen und den verschiedenen Lebensaltern in die kirchlichen Körperschaften entsandt werden, damit in denselben die Erfahrung aller Lebenskreise nutzbar gemacht werden kann.

Landesparteitag der Deutschen Volkspartei in Württemberg.

wp. Die diesjährige Landesversammlung der Deutschen Volkspartei in Württemberg wird am Sonntag, 18. Januar, vormittags 11 Uhr, im Festsaal der Liederhalle stattfinden. Den Mittelpunkt der Veranstaltung, mit der zugleich die Reichstagsfeier verbunden sein wird, bildet eine Rede des Reichstagsabgeordneten Geheimrat Prof. Dr. D. Kohl. Die Versammlung, über die noch nähere Mitteilung folgen wird, ist eine öffentliche und damit jedermann zugänglich. Am Tag zuvor, Samstag 17. Januar, tritt in einer geschlossenen Versammlung der Vertretertag der Partei zusammen.

Wetter für Freitag und Samstag.

Der Luftdruck über Mitteleuropa ist im Steigen begriffen, sodas für Freitag und Samstag mit weiterem Temperaturrückgang sowie Aufhören der Niederschläge zu rechnen ist.

b. Simmozheim, 6. Jan. Heute wurde hier der letzte Altveteran, der weit und breit bekannte Christian Seidelmann, zu Grabe getragen. Mit ihm ist einer jener alten Barden dahingegangen, die mit eiserner Gesundheit und unerschütterlicher Ruhe Sturm und Wetter, sowohl im körperlichen wie auch im politischen Sinne, trotzten. Ein wehes Gefühl beschleicht ein altes Reiterherz, wenn es seinen letzten Reiterkameraden aus dem 70er Kriege dahinahen sieht, ein gut Stück alter Poesie mitnehmend. Denn mit welcher ehrerbietigen Blicken man in den Kindheitstagen diese Alten betrachtete, namentlich dann, wenn sie bei der Reiterei gedient hatten, bleibt unvergessen. Der Gesangsverein „Liederkrone“ und die Musikkapelle „Paulina“ boten ihr Bestes, um dem Verstorbenen zu seinem letzten Gange die gebührende Ehre zu erweisen. Die außerordentlich starke Beteiligung an der Beerdigung war ein Zeichen stiller Verehrung des letzten Altveteranen. Er erreichte ein Alter von 78 Jahren. Ehre seinem Andenken!

(S.C.B.) Neuenbürg, 7. Jan. In Döbel stellten einige junge Leute auf der Kreuzstraße einen Frostkasten oder ähnliches auf. Die ging plötzlich los als ein junger Mann des Weges kam. Der Schlag war so stark, daß der Mann schwer verletzt und die Fenster eines Nachbarhauses in Trümmer gingen.

(S.C.B.) Pforzheim, 7. Jan. Gestern ereignete sich im großen Operationsaal des städt. Krankenhauses durch Entzündung der Alkoholbehälter eine Explosion, wobei die 33 Jahre alte Krankenschwester Marie Dehner aus Großeltingen bei Schlingen starke Brandwunden erlitt, aus deren Folgen sie nachts 1 Uhr starb. Es besteht Verdacht, daß die Tat durch Fahrlässigkeit verursacht wurde. Eine Verhaftung wurde vorgenommen.

Das Wirtschaftsjahr 1924.

Im Vergleich zu dem dramatischen Ablauf der wirtschaftlichen Geschehnisse im Jahre 1923, dem erst durch die Währungsstabilisierung im letzten Monat Einhalt geboten wurde, zeigt das Berichtsjahr ein wesentlich ruhigeres Wirtschaftsbild. War es auch eine unter schweren Opfern und Lasten erkaufte Ruhe, so wurde doch endlich durch die nach der Währungsreform gelungene Stabilisierung auch der Reparationsverpflichtungen auf Grund des Dawes-Planes die Möglichkeit geschaffen, auf halbwegs sicherem Boden die Wiederaufbau-Arbeit in Angriff zu nehmen.

Der „im Kaufs der kleinen Zahlen“ nach der Währungsstabilisierung einsehenden inländischen Bedarfskonjunktur zu Anfang dieses Jahres folgte allerdings bald ein herber Rückschlag. Der Refonvalezent hatte in dem psychologisch wohl begreiflichen Gefühl der Erleichterung nach den vorausgehenden Monaten tollster Preissteigerung und beinahe schon wirtschaftlicher Verzweiflung seine Kräfte überschätzt. Vor allem die dem unmittelbaren Konsum dienenden Gewerbe, in vorderster Linie das Textilgewerbe, hatte die noch zum Teil in Inflationspsychose betätigte Kaufkraft des großen Publikums, Einkaufs- und Produktionsdispositionen veranlaßt, die der tatsächlichen Grundlage entbehrten. Die wiederholte Warnung, die Stabilisierungsstrife schon als überwunden zu betrachten, erwies sich nur zu sehr als berechtigt. Trotz aller Klagen über die furchtbare Kapitalknappheit war sie nicht groß genug, waren die Banknotenausgabe zu schnell gesteigert und die Rentenmarktkredite zu zahlreich ausgeschüttet worden, um nicht neue Gefahren für unsere Währung heraufzuführen. Etwas spät und etwas plötzlich entschloß sich die Reichsbank zu Gegenmaßnahmen; die seit 7. April folgerichtig durchgeführte Kreditrestriktion hat die Gefahr gebannt und gleichzeitig den Konjunkturaufschwung zur Baufe eingeleitet. So wurden die ungedulden Wucherungen, die — größtenteils noch aus der Inflationszeit stammend — sich am Wirtschaftskörper gebildet hatten und neue Krankheiten zu verbreiten drohten, mit einer freilich sehr schmerzhaften — Operation beseitigt. Die Kredit- und Reinigungsstrife der deutschen Wirtschaft nahm in den folgenden Monaten von Tag zu Tag schärfere Formen an, zumal sie mit einer Absichtstreue zusammenfiel. Denn bis März-April war der erste Aufatmungsbedarf gedeckt, in weiten Käuferkreisen machte sich die Enttäuschung breit, mit dem langsam erwachenden Spartrieb wurde die Umstellung des Konsums auf billige und billigste Artikel angebahnt. Damit trat die Blutarbeit der Wirtschaft, die in den „Goldumstellungen“ großer und größter Firmen einen erschreckenden, ziffernmäßigen Ausdruck fand, immer deutlicher zutage.

Ein Symptom u. a. bildet die Demoralisierung des Zahlungsvorgangs, indem längst fällige Verpflichtungen nicht eingehalten, vorgeschriebene Zinsen nicht entrichtet wurden. Gleichzeitig lastete mit erdrückender Wucht die schwere Hand des Fiskus auf allen Wirtschaftszweigen und entzog den Betrieben nicht nur einen großen Teil der mühsam erwirtschafteten Zahlungseingänge, sondern in vielen Fällen auch jeglichen Gewinn und darüber hinaus Teile der Betriebsubstanz. Die Anfang Juli fühlbare Erleichterung auf dem Geldmarkt hat lediglich der bis dahin äußerst gedrückten Börsenstimmung etwas Anregung gegeben, war jedoch nicht imstande, das weitere Umsichgreifen der Absichtstreue und der Arbeitslosigkeit zu verhindern. Auch die langsame Senkung der Zinsfüße (von 7,2 v. H. Ende April bis 13,2 v. H. p. a. Ende Oktober für valorisiertes Monatsgeld Berlin) vermochte zur Kreditnahme kaum anzureizen, da die Zinsen nach wie vor über das erträgliche Maß hinausgingen. Erst spät hat die Reichsbank eine langsame Erhöhung des Wechselkurswertes vorgenommen, welche die dauernden Klagen über die unerträgliche Kreditnot etwas verminderte.

Die schweren Opfer, die das „große Anziehen der Kredit- und Steuerfahne der deutschen Wirtschaft“ abgefordert hatte und die heute noch an los Lebensmarkt der Wirtschaft greifen, waren glücklicherweise nicht umsonst gebracht. Es gelang nicht nur, das Defizit im Reichshaushalt zu beseitigen, sondern sogar einen Ueberschuß zu erzielen, der bis Ende des Jahres auf etwa 1,6 Milliarden Mark geschätzt wird. Ein anderer Erfolg war freilich nur vorübergehender

und dabei sehr problematischer Natur, hat aber doch einige Hoffnungen, daß er einmal zur Dauererscheinung werden könnte, genährt und damit inner- und außerhalb der Grenze das Vertrauen in die deutsche Wirtschaftskraft gestärkt. Im Juli wurde unsere Handelsbilanz mit nahezu 8 Millionen, im August mit über 141 Millionen Goldmark aktiv, aber nicht etwa, weil sich die Ausfuhr entsprechend gesteigert hätte, sondern weil die Einfuhr stärker zurückgegangen war, als der Export. Die September- und Oktoberbilanz zeigen bereits wieder eine zunehmende Passivität, zurückzuführen auf ein die Erhöhung der Ausfuhr weit übersteigendes Anwachsen der Einfuhrziffern. Mag dies zum Teil auch darin begründet sein, daß nach Annahme des Dawes-Gutachtens und der damit entfallenden Risikolasten lang zurückgehaltene Bedarfe wieder auf die Auslandsmärkte drängte, und man früher oder später gewisse Einfuhrmengen als Halb- oder Fertigfabrikate wieder auf der Absatzseite der Handelsbilanz zu buchen sein, so sind doch die bis jetzt gemachten Erfolge unseres Exports noch lange nicht in dem Maße ausgeschaltet, daß man — besonders im Hinblick auf die riesigen Belastungen des Dawes-Planes — sehr hoffnungslos in die Zukunft sehen könnte. Wie gerade die letzten Monatsberichte wieder beweisen, sind Auslandsaufträge bei sehr vielen Industriezweigen nur „durch Verlustpreise“ zu erzielen. Auch auf dem Inlandsmarkt zeigen sich, soweit nicht unmittelbarer Saisonbedarf vorliegt, nur vereinzelt und zaghaft Anzeichen einer Besserung. Noch immer zwingt die allgemeine Kaufschwäche und billigere Auslandskonkurrenz die mit der Inflation „aufgeblähte“ Wirtschaft in ein gänzlich unzureichendes Abgabegebiet und hält die auf das Einzelprodukt entfallenden Spesenfüße unnatürlich hoch. Damit kommen wir nach einem gedrängten Ueberblick über den Konjunkturverlauf des Jahres zur Frage nach den Gründen der immer noch anhaltenden Teuerung.

Wohlgemerkt war die politische Unsicherheit mit Abschluß der Londoner Verhandlungen am 16. August und der am 29. August erfolgten Annahme des in London modifizierten Dawes-Planes durch den Reichstag zum größten Teil beseitigt. Die erwartete Erleichterung kam jedoch nicht so schnell, wie von vielen erhofft. Erst am 9. September fielen die Zollschranken zwischen dem besetzten und unbesetzten Gebiet; erst am 16. November vollzog sich die Uebergabe der Reichsbahn an die neugegründete Deutsche Reichsbahn-Gesellschaft und erst am 1. Oktober konnten die dringend erwünschten Steuererleichterungen begonnen werden. Freilich haben die bisher zuletzt am 1. Januar in Kraft getretenen Steuererleichterungen den Forderungen der schwerbelasteten Wirtschaft nur zum geringsten Teil entsprochen. Die Frachten, am 8. Januar (8 v. H.), 1. März (10 v. H.) und 18. September (10 v. H.) jeweils vorläufig ermäßigt, halten sich heute noch auf einem Stande, der auf die Dauer unhaltbar ist, während gleichzeitig die ausländischen Tarife teilweise die Vorkriegsparität unterschreiten. Dabei wird nicht verkannt, daß zahlreiche Ausnahmetarife verschiedenen wichtigen Industriezweigen entgegenkommen. Alles in allem hatten die beiden, vielleicht allzu laut angefündigten sogenannten Verbilligungsaktionen der Reichsregierung (um den 1. Oktober und 16. November), die von gleichzeitigen Ermäßigungen der Bankzinsen, im ersten Falle von einer Ermäßigung der Kohlenpreise und gewissen Erleichterungen im Gütertransport begleitet waren, nicht den gewünschten Erfolg und weite Kreise nicht nur der Konsumenten enttäuscht. Die Reichsteuerschulden stieg während der letzten Monate nach einem vorübergehenden Rückgang im August (= 114 gegenüber 104 im Februar d. Js.) auf 122,5 im Monatsdurchschnitt des November. Der Großhandelsindex des Statistischen Reichsamtes zeigte am 2. Januar d. Js. auf 122,4, sank nach mehrfachen Schwankungen auf 112,0 am 8. Juli, um bis 17. Dezember d. Js. wieder auf 132,9 anzusteigen.

Die Ueberlastung der Wirtschaft (im Vergleich zum Ausland) durch Steuern, Zinsen, Frachten, besteht also noch weiter. Die übrigen privatwirtschaftlichen Kostenelemente: Rohstoffkosten und Arbeitslöhne sind nicht so weit ermäßigt, um die relative Erhöhung der vorgenannten Faktoren gegenüber Friedens- und Weltmarktstand mehr als auszugleichen.

Die Arbeitslöhne bewegen sich seit ungefähr Jahresanfang in wenigstens schwankender, doch im wesentlichen

ausreichender Höhe. Es muß aber verhütet werden, daß sich die schlimmen Erfahrungen der Inflationszeit wiederholen und noch einmal der circulus vitiosus: erhöhter Index, entsprechende Lohnsteigerung, wieder erhöhter Index usw. leichtlich zum Schaden der Arbeiterschaft begangen wird.

Nach den Ausweisen der Banken und Sparkassen geht die Kapitalbildung nach ersten erfreulichen Anfängen äußerst langsam vor sich. Daß die Unternehmer in ablehbarer Zeit wieder in die Lage kommen, wesentliche Reserven zurückzustellen, ist auch bei weiterem Abbau von Zins-, Tarif- und Steuerdruck im Hinblick auf die uns auferlegte Reparationslast, deren Schwere sich erst in den nächsten Jahren in ihrem ganzen Umfang bemerkbar machen wird, sehr unwahrscheinlich.

So erhält seit Monaten allenthalben, von privater auch öffentlicher (kommunaler) Seite der Ruf nach Auslandskredit. Nach dem unerwartet günstigen Verlauf der Zeichnung auf die internationalen 800-Millionen-Anleihe des Dawes-Planes, die im übrigen nur zum geringsten Teile der direkten Befriedigung des Kreditbedürfnisses der deutschen Wirtschaft dient, nach solcher glänzenden Dokumentierung des wiedererwachten Auslandsvertrauens finden die Stimmen mehr Widerhall am internationalen Kapitalmarkt. Immerhin ist nach wie vor eine gewisse Skepsis nicht nur im Hinblick auf die Kreditfreudigkeit des Auslandes, sondern auch auf die Tragbarkeit der damit erwachsenden Zinslasten berechtigt, die zu vorzüglichstem Gebahren in der Vereinnahmung von Auslandskrediten zwingt.

Noch gibt es schwerwiegende Probleme zu lösen. Die hauptsächlich in der zurückliegenden Kriegs- und Inflationszeit wurzeln und ein gewisses Maß von innerwirtschaftlichen Risiko bedingen. Wohl sind auf wichtigen Gebieten — so im Getreide-, Zucker- und Devisenhandel — die zwangswirtschaftlichen Beschränkungen gefallen. Im Zusammenhang mit den ungelösten Wohnungs- und Bauproblemen harret aber die vielumstrittene Aufwertungsfrage noch der Erledigung. Die notwendige Reform des Steuerwesens, Finanzausgleich mit den Ländern u. a. werden im nächsten Jahre noch manch heikle Auseinandersetzung bringen.

Zu diesen inneren Schwierigkeiten, die noch überwunden werden müssen, treten die zahlreichen Hemmungen und Schranken, die das Ausland in offenkundigem Widerspruch mit dem Geiste des Dawes-Planes der freien Entwicklung der deutschen Wirtschaft entgegenstellt. Wir nennen hier nur die 26 prozentige Reparationsabgabe Frankreichs und Englands. Der bisherige Verlauf der zahlreichen Handelsvertragsverhandlungen berechtigt nicht gerade zu der Hoffnung, daß im freien Wettbewerb der Völker auch nur der status quo ante bellum erreicht würde, wodurch unserer ohnehin furchtbar geschwächten Wirtschaft wenigstens hinsichtlich der Handelsfreiheit wieder vorkriegsmäßige Bedingungen geschaffen würden.

Und trotzdem fordert der Dawes-Plan von ihr eine Ueberausleistung nach dem fünften Jahre von 2,5 Milliarden Goldmark. Da mag freilich mancher mit Sorgen in die Zukunft blicken. Um so höher ist es zu werten, wenn trotz Erkenntnis der noch immer überaus schwierigen Lage deutscher Unternehmensegeist und deutsche Arbeitskraft noch ungebrochen sind und im vergangenen Jahre wieder Leistungen zuwege brachten, die das Staunen der Welt erregten. Sie bilden die einzigen sicheren und unschätzbaren Aktiven, die die deutsche Wirtschaft aus dem Chaos der vorausgehenden Jahre gerettet hat.

Die Konkurse im Jahre 1924.

Die Zahl der Konkurse hatte in den Jahren der Inflationszeit, namentlich 1923, ständig abgenommen. Bei der fortschreitenden Geldentwertung, die Willkürschulden auf ein Nichts zusammenschumpfen ließ, war es schlechterdings kaum möglich, in Konkurs zu geraten, wenn man nicht gerade Schulden in Valuten hatte. Dagegen nahmen nach der Stabilisierung der Währung die Konkursziffern in der ersten Jahreshälfte 1924 von Monat zu Monat zu und der Vorjahresdurchschnitt von etwa 800 Konkursen im Monat wurde im Juli v. Js. mit 1173 Konkursen weit überschritten. Dabei verhinderte die Geschäftsaufficht noch zahlreiche Konkurse. Im gesamten Jahr 1924 ergaben sich 5710 Konkurse und 2681 Fälle von Geschäftsaufficht, wobei die nichtveröffentlichten Fälle in den ersten Monaten des Jahres 1924 nicht berücksichtigt werden konnten.

Ein Frühlingstraum.

Eine Erzählung aus dem Leben von F. r. L. e. h. n. e.

Arbeitskreis durch Stuttgarter Romanzentrale G. A. d. e. r. m. a. n. n., Stuttgart.

„Ausgezeichnet! Aber ich möchte doch erst sehen, ob er Dich auch kleidet“, entgegnete er.

„Da hast Du recht, Wolf! Dann sehe ich auch gleich, ob ich Dir darin gefalle!“ Bärtlich sah sie ihn an, während Mary ihr beim Probieren behilflich war.

„Gott, seien Sie doch nicht so ungeschickt, Fräulein, Sie verderben mir ja die ganze Frisur. — Sie tun mir ja weh!“ herrschte Ella Mary an. Diese wurde dunkelrot, sagte aber nichts, während Wolf sich gepeinigt wegwandte.

„So, bitte“, sagte Mary, Gabriele einen Handspiegel reichend, die sich mit dessen Hilfe in dem großen Spiegel aufmerksam betrachtete. „Nun?“ fragte sie ihren Verlobten erwartungsvoll.

„Du siehst sehr gut darin aus“, war dessen aufrichtige Antwort, „nimm ihn, dann bist Du Deiner Sorge ledig.“

„Du hast gut reden, Liebster, weil Du es nicht verstehst. Ich bin nur noch gar nicht schlüssig.“

„Der Hut kleidet Sie ausgezeichnet, gnädiges Fräulein, ich würde Ihnen raten, ihn zu nehmen! Die Blumen würden wir durch andere ersetzen; da würde schon Rat geschafft werden!“

„Haben Sie denn nur weiter nichts? Sie verstehen — Sie wollen mich wohl gar nicht verstehen, Fräulein?“

„Ist denn Frau Bündel noch nicht zurück?“

„Wenn Sie gestattet, werde ich nachsehen.“

„Aber selbstverständlich — eilen Sie — wir haben nicht viel Zeit.“ Das Brautpaar war einen Augenblick allein.

„Wie findest Du nun diese arrogante Person?“ fragte Ella.

„Ich finde sie bescheiden und höflich! Du scheinst aber sehr schwer zu befriedigen zu sein. Ich finde, daß Dir der Hut ausgezeichnet steht.“

Gabriele lachte gereizt auf. „Wirlich, weil das dumme Ding es sagt, sprichst Du es nach! Von einem hübschen Gesicht laßt Ihr Euch gar gern bestechen, wenn auch kein Funken Moral dahinter ist — und wir Damen müssen uns von solchen Personen bedienen lassen. Dieses Mädchen z. B. weiß ich genau, hat ein Verhältnis mit einem jungen Offizier gehabt, der ihrer überdrüssig geworden — jetzt hat sie längst schon Trost in den Armen eines anderen gefunden. Ich habe einen Widerwillen vor der Verührung mit solchen Geschöpfen, und doch ist man darauf angewiesen.“ Dabei sah sie ihren Verlobten unverwandt an, während ein böshaftes Lächeln ihre Lippen schürzte.

Wolf hielt eine verächtliche, zornige Antwort zurück, er suchte nur die Achseln und sagte:

„Für mich hätte es an Deiner Stelle zu wenig Interesse, so etwas nachzusagen — wer weiß, ob es wahr ist! Solch armes, auf sich selbst angewiesenes Mädchen hat ebenfall's seine Ehre!“

„Du bist ja ein warmer Fürsprecher für die armen Mädchen“, sagte sie hohnvoll, „zufällig weiß ich es besser — meine Friseurin kennt diese Person und ihren Lebenswandel ganz genau, da sie im selben Hause wohnt —“, sie hielt inne, da Mary mit Frau Bündel zurückkam. Letztere begrüßte Gabriele mit einem Wortschwall und der Versicherung: tadellos Ausführung, Gabriele entgegnete kurz: „Das will ich hoffen; leider will mich Ihre Direktrice gar nicht verstehen! Auch mein Verlobter ist darüber ungehalten.“ Wolf öffnete den Mund zu einer Erwiderung — er sagte aber doch nichts; was hätte es auch für Zweck gehabt!

„Aber Fräulein Mary — ich sollte doch meinen, daß Ihnen der Geschmack des gnädigen Fräuleins genügend bekannt sein dürfte“, sagte Frau Bündel tadelnd zu dem jungen Mädchen. „Bringen Sie doch mal die vorn aufgeschlagenen Hutformen, sowie das fertige Modell davon her. Warum haben Sie dem gnädigen Fräulein den roten Hut nicht gezeigt? Das wäre so etwas!“

„Ich meinte doch nicht! Fräulein Ulrich würde ihn nicht tragen! Er ist zu auffallend.“

„Sie haben gar nichts zu denken! Eilen Sie!“ — Mary gehorchte, dann sagte sie: „Frau Hauptmann von der Mülbe ist soeben gekommen; gestatten Sie, daß ich einige Augenblicke nach dem Laden gehe?“

„Ist Fräulein Hannel nicht da? — Ja? — Nun, dann ist Ihre Anwesenheit nicht nötig dort! Sie sind übrigens Direktrice und keine Verkäuferin mehr. Also bleiben Sie; nötigenfalls werde ich selbst gehen.“ Frau Bündel ließ wohlweislich Mary nicht gehen, da sie die einzige war, die bisher Gabriele zu deren vollster Befriedigung bedient hatte; in den verflossenen Jahren hatte die vermählte Bankierstochter stets anzusehen gehabt an ihren Hüften — bis es Mary verstanden hatte, deren Geschmack Rechnung zu tragen. Sie war ihr überhaupt unentbehrlich; Mary war bei all den vornehmen Damen, die sie zu ihren Kunden zählte, wegen ihres bescheidenen, feinen Wesens und wegen ihres ausgezeichneten Geschmacks sehr beliebt, und alle wollten nur von ihr bedient sein, trotzdem sie eigentlich als Putzmacherin und nicht als Verkäuferin verpflichtet war. Frau Bündel wußte genau, welche große Hilfe und Unterstützung ihr in dem jungen Mädchen zur Seite stand; deshalb war sie auch sehr ungehalten, daß Mary ihr zum 15. August gekündigt hatte und trotz aller lockenden Versprechungen durchaus nicht bleiben wollte. (Fortsetzung folgt.)

Aus Geld-, Volks- und Landwirtschaft.

Berliner Briefkurse.

1 Dollar	4.21 Bil.
1 holländischer Gulden	1707.1 Ma.
1 französischer Franken	227.0 Ma.
1 schweizer Franken	819.2 Ma.
1 Goldmark	1000.0 Ma.
Reichsindexziffer	1.32 Bi.
Goldumrechnungssatz für Steuern	1000.0 Ma.

Bericht der Stuttgarter Börse.
(S. B.) Stuttgart, 7. Jan. Die Tendenz der heutigen Börse war schwächer und die Kurse kletterten sich leicht.

Industrie- und Handelsbörse.
(S. B.) Stuttgart, 7. Jan. Auf der heutigen Industrie- und Handelsbörse notierten von Baumwollgarnen Nr. 20 engl. Troi- sel, Warp- und Pincops 94-96 (am 17. Dezember 1924 93-95), Nr. 30 107-109 (105-107), Nr. 36 109-111 (107-109), Nr. 42 Pincops 112-114 (110-112) Dollarcents je das Kilo; von Baumwollgeweben 88 cm Cretonnes 16 1/4-16 1/2 (16-16 1/2),

Renforced 14 1/4-14 1/2 (14-14 1/2), glatte Cattune oder Croises 12 1/4-13 1/4 (12 1/4-13) Dollarcents je das Meter. Nächste Börse Mittwoch, den 21. Januar.

Natronsalpeter und Chilisalpeter.

Das Wort „Chill“ übt anscheinend eine magische Gewalt auf die Kunstbinger verbrauchenden Landwirte aus. Denn sofort, nachdem im vorigen Jahre eine größere Einfuhr wieder möglich war, stürzten sich alle auf ihn. Und doch haben wir gerade in der „chillosen“ Kriegszeit einen so ausgezeichneten Ersatz für ihn durch die deutschen künstlichen Salpeter bekommen, daß diese große Nachfrage nach dem überseeischen Chilisalpeter durchaus nicht mehr berechtigt erscheint. Der deutsche Salpeter enthält erstens mehr Stickstoff als der Chilisalpeter. Zweitens ist er billiger (ungefähr eine Mark weniger pro Zentner.) Drittens läßt sich der Kunstsalpeter viel besser streuen. Viertens schädigen wir unsere Volkswirtschaft, wenn wir vom Auslande Chilisalpeter beziehen und unsern deutschen Salpeter (Souna-Natron-Kaliammonsalpeter) vernachlässigen.

Calwer Wochenmarkt.

Kartoffel 5-6 Pfg., Landtraut 5 Pfg., Wirsing 15 Pfg., Rottraut 20 Pfg., Gelbe Rüben 12 Pfg., Rote Rüben 12 Pfg., Ro-

senkohl 20-35 Pfg. Obst: Apfel 10-12 Pfg., Birnen 15 Pfg., Landbutter 1.80-2 M., Tafelbutter 2-2.20 M., Eier 18-20 Pfg. Zufuhr in Butter und Eier reichlich.

Vieh- und Schweinepreise.
In Kirchheim u. T. kosteten Karren 290-850, Ochsen und Stiere 270-700, Rüh 160-760, Kalbinnen 350-800, Schmalvieh 120-380 M je das Stück; Milchschweine galten 25-32, Käufer Schweine 55-100 M je das Stück. - In Balingen kosteten Milchschweine 25-35 M; in Bopfingen Sauerfleisch 20-30, Käufer 40-35 M; in Weilderstadt Milchschweine 1. 28-29, 2. 23 bis 25, 3. 19-20 M; in Ravensburg Ferkel 18-25, Käufer 30-50 M je das Stück. - In Ehingen kosteten Karren 500-650, Rüh 320-400, Kalb 250-600, Jungvieh 185-250, Ochsen 350-580 M je das Stück, 1 Paar Ferkel kostete 45-65, Käufer 100-140 M.

Aufforderung!

Alle der Inhabendenversicherungspflicht unterliegenden Personen, die nicht in einem ständigen Arbeitsverhältnis zu einem bestimmten Arbeitgeber stehen, also alle unabhängigen Arbeiter u. Arbeiterinnen (Tagelöhner, Erntearbeiter, Aushilfskellner, Tagelöhnerinnen, in Kundenhäusern arbeitende Näherinnen, Bäglerinnen, Wäscherinnen, Buzerinnen, Aushilfskellnerinnen, Monatsfrauen usw.), sowie Personen, die sich freiwillig versichern, werden hiermit aufgefordert, sich nächsten Freitag, den 9. Jan. 1925, von 10-12 Uhr vormittags und 2-6 Uhr nachmittags im hiesigen Rathaus einzufinden zum Zweck der Vorlage ihrer Quittungskarten u. zur Auskunftserteilung über Ort u. Dauer ihrer Beschäftigung, wozu sie nach § 1466 der Reichsversicherungsordnung u. den Ueberwachungsvorschriften der Landesversicherungsanstalt Württemberg durch Weidstraß bis zum Betrage von 1000 Mark angehalten werden können.

Jede gewünschte Auskunft wird bereitwilligst erteilt.
Der Kontrollbeamte der Landesversicherungsanstalt Württemberg: Föhl.

Reichert.

Für warme Unterkleidung!

Sporthemden
Zephirhemden
Trikot-Hemden
und Unterhosen
Netzjacken
Schlafanzüge

Gehingen.

Sofort günstig abzugeben:

1 Fahrrad, Neckarfulmer, wie neu, mit Scharlachlicht; 1 Pirschbüchse, 1 Lev- u. 1 Zentralgewehr, 16 mm, alles prima Schuß; 1 Hühnerhund (Stammbaum), Zuchthündin; 1 neuer Jagdrucksack; 1 Fournierofen, gebraucht; 1 Räucherkasten.

Event. Tausch gegen Holz.
Chr. Wucher, Schreinermeister
Fernsprecher Nr. 6.

Seder Gewerbetreibende

wende sich bei Bedarf an Drucksachen aller Art, als Briefbogen, Rechnungen, Postkarten, Sirkulare, Preislisten u. s. w. an die Druckerei dieses Blattes.

Schürzen aller Art in großer Auswahl

Vermessschürzen Trägerschürzen
Wienerschürzen, Holländerschürzen
Hauschürzen aus den verschiedensten Stoffen in eleganten Mustern
Schwarze Panamaschürzen f. Kinder u. Erwachsene
Weiße Schürzen für Kinder u. Erwachsene

Farbige Kinderschürzen in allen Größen

Knabenschürzen in reizenden Formen

Paul Räuhe, am Markt, Calw.

Turnverein Calw.
Am nächsten Montag, den 12. ds., abends von 8 1/2 Uhr an im Lokal
General-Versammlung
mit statutenmäßiger Tagesordnung.
Der Turnrat.

Achtung
Bürger!

Kammerjäger Heidebrink, langjährig erfahrener Fachmann, übernimmt die Vertretung sämtlicher Angezeiger wie Ratten, Mäuse, Wühlmäuse, Schwaben, Wanzen usw. unter 2 Jahre schriftlicher Garantie. Erfolg innerhalb 24 Stunden. Für Menschen und Hausiere unschädlich. Völlige Ausrottung des Angezeigers ist im Interesse der Volkswirtschaft unbedingt erforderlich. Bestellungen erbitte sofort unter Kammerjäger Heidebrink an die Gesch.-St. ds. Bl.

Achtung

Hartholz

hat zu verkaufen oder tauscht gegen Heu od. Stroh
Wer, sagt die Gesch.-St. ds. Bl.

Zavelstein.

Dreizehn Monate altes

Zuchtrind

verkauft
Georg Kentschler.

Birken-reisigbesen
kauft jed. Quantum
N. Hauber.

2 heizbare möblierte
Zimmer

hat sofort zu vermieten.
Wer, sagt die Gesch.-St. ds. Bl.

Mädchen

braves, fleißiges, welches sich als Kaffeeköchin ausbilden will, zu raschmöglichstem Eintritt gesucht.

Schwarzwaldheim
Schönbürg
Station Liebenzell.

Ordentliches Laufmädchen

sucht
Frau Hel. Hagenlocher,
Leudelsweg, Haus Beihel.

Althengstett-Oberreichenbach.

Wir erlauben uns, Verwandte, Freunde und Bekannte zu unserer am Samstag, den 10. Januar 1925 stattfindenden

Hochzeitsfeier

in das Gasthaus z. „Hirsch“ in Althengstett freundlichst einzuladen

Gustav Weiß

Sohn des Jakob Weiß, Bauer (E. G.), Althengstett.

Elisabeth Kentschler

Tochter des + Friedrich Kentschler in Oberreichenbach.

Kirchgang 1 Uhr in Althengstett.

Wir bitten, dies statt besonderer Einladung entgegenzunehmen zu wollen.

300 Mark

gegen gute Sicherheit aufzunehmen gesucht.
Gest. Angebote an die Geschäftsstelle ds. Bl. unter S. 6. 8 erbeten.

Calw.

Im Wege der

Zwangs- vollstreckung

versteigere ich am Samstag, den 10. ds. Wits., vorm. 9 1/2 Uhr vor meiner Kanzlei, Sa. 39a/62, gegen bare Bezahlung:

1 doppeltürig. Kleiderschrank, 1 guterhaltenen Divan.

Vormittags 10 Uhr:
2 Drehstrom-Motore je 2 P.S., 3 Drehstrom-Anlässe 40 u. 17 P.S., 1 Spannungsregler 7,5 P.S., 1 Dreieckschalter 5 P.S. ferner: 2,3 Mille Zigarren.

Serichtsvollzieher beim Amtsgericht Calw.
Ohngemach.

Im Anfertigen, Wenden u. Reparieren sämtlicher

Herren- Garderobe

empfeilt sich
Sebelmaier, Schneider,
Lederstraße 168.

Großer Inventur-Ausverkauf

vom 9. Januar bis 24. Januar

zu bedeutend herabgesetzten Preisen.

Wir gewähren trotz unserer billigen Preise auf **Damenmäntel 25 Prozent Rabatt!**

Ferner gewähren wir auf **Herren-, Burschen- u. Knaben-Hosen, Herren-, Burschen- u. Knaben-Anzüge,**

Windjacken, sowie auf sämtliche Manufaktur-Waren 15 Prozent Rabatt!

Beachten Sie unsere Schaufenster! **Geschwister Kleemann, Calw.**